

Niederschrift SA/012/2012

über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses der
Stadt Rheine
am 13.06.2012

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Theresia Nagelschmidt CDU Ratsmitglied / Vorsitzende

Mitglieder:

Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Frau Verena Griggel	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Annemarie Rottmann	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Joachim Siegler	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzende

Vertreter:

Herr Paul Jansen	CDU	Vertretung für Herrn Manfred Beckmann
Herr Johannes Lammers	CDU	Vertretung für Frau Gabriele Rosetti
Herr Michael Schaefer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Stephan Krause
Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Vertretung für Herrn Josef Wilp

beratende Mitglieder:

Frau Heike Barnes

Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Frau Lydia Maul

Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat

Frau Elisabeth Reckmann-Bigge

Sprecherin der Stadtschulleiterkonferenz

Verwaltung:

Herr Axel Linke

Beigeordneter

Herr Dr. Thorben Winter

Fachbereichsleiter FB 1

Herr Guido Brüggemeier

Produktverantwortlicher Schulen

Herr Peter Temmen

Schriftführer

03:18

Frau Nagelschmidt eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zunächst begrüßt Frau Nagelschmidt die Gäste der Bezirksregierung Münster, Herrn Risse (Hauptdezernent für Schulrechtsangelegenheiten) und Herrn Ladleif (Dezernent für Sekundar- und Gesamtschulen).

Anschließend bedankt sich Frau Nagelschmidt im Namen des Schulausschusses beim nicht anwesenden Herrn Reeker, der viele Jahre für den Schulausschuss ein verlässlicher Ansprechpartner war. Sie bittet die Verwaltung, den Dank an Herrn Reeker weiterzugeben.

Frau Nagelschmidt weist darauf hin, dass die Gäste der Bezirksregierung noch einen Anstusstermin wahrnehmen müssen. Sie schlägt daher vor, die Tagesordnungspunkte 6 (Information zu Sekundarschulen und Gesamtschulen – Mündliche Auskünfte durch die Bezirksregierung Münster) und 7 (Antrag der Fraktionen von CDU und FDP im Rat der Stadt Rheine vom 31.05.2012 „Informationen und Interessenabfrage zur Errichtung von zwei Sekundarschulen in Rheine“) vorzuziehen und nach dem Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Mit dieser Vorgehensweise erklären sich die Mitglieder des Schulausschusses einverstanden.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 18 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfe- und Schulausschusses am 29.03.2012

05:36

Es werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgebracht.

2. Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 29.03.2012

05:46

Es werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgebracht.

6. Informationen zu Sekundarschulen und Gesamtschulen - Mündliche Auskünfte durch die Bezirksregierung Münster

05:59

Zunächst weist Herr Ladleif darauf hin, dass es zwischen der Gesamtschule und der Sekundarschule keine zentralen Unterschiede gibt. Die Sekundarschule verfügt jedoch nicht über eine gymnasiale Oberstufe.

Anschließend stellt Herr Ladleif anhand einer Powerpointpräsentation „Die Schulform des längeren gemeinsamen Lernens – Sekundarschule“ vor. (Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.)

Anschließend unterbricht Frau Nagelschmidt die Schulausschusssitzung, um Frau Brügger (Leiterin der Don-Bosco-Schule) die Gelegenheit zu geben, die Anregungen des Arbeitskreises „Sekundarschulen Rheine“ zu erläutern. Frau Brügger berichtet zunächst, dass dem Arbeitskreis folgende Personen angehören:

Frau Probst (Fürstenberg-Realschule), Frau Reckmann-Bigge (Euregio-Gesamtschule), Herr Mersch und Herr Volk (Overbergschule), Herr Forst (Elisabethschule), Frau Holtel und Frau Brügger (Don-Bosco-Schule) sowie die Schulverwaltung. Anschließend trägt sie einen Auszug aus der Arbeit des Arbeitskreises vor:

Eckdaten der neuen Sekundarschulen

1. Organisationsform → teilintegriert (möglichst lange integriert – mindestens in Klasse 5 und 6, ab Klasse 7 Fachleistungsdifferenzierung in mehreren Fächern möglich).
2. Der Heterogenität der neu zusammengesetzten Lerngruppen in den Sekundarschulen wird u. a. durch intensive Unterrichtsentwicklung, Ganztagsangebote und Fortbildungen Rechnung getragen. Mit einem Schulprogramm hat die jeweilige Sekundarschule die Möglichkeit ihr Profil auszuscharfen.
3. Inklusion ist für beide Sekundarschulen selbstverständlich.
4. Sekundarschulen werden im gebundenen Ganztags geführt.
5. Fremdsprachenangebote an den neu zu errichtenden Sekundarschulen → Niederländisch und Französisch.
6. Naturwissenschaft und Gesellschaftslehre können in den unteren Klassen als integrierte Lernbereiche stattfinden.
7. Besetzung mit einer doppelten Klassenleitung mindestens in den Klassen 5 und 6, idealerweise auch darüber hinaus.
8. Ab Klasse 7 nimmt die Berufswahlorientierung einen breiten Rahmen ein.
9. Kooperationspartner sollen die Euregio Gesamtschule und möglicherweise die Rheiner Berufskollegs sein; an den Kooperationsschulen besteht für die gymnasiale Oberstufe eine Aufnahmegarantie. Der Besuch der gymnasialen Oberstufen ist immer bei entsprechender Qualifikation möglich.

Nach der Sitzungsunterbrechung stellen die Ausschussmitglieder Fragen an die Herren Ladleif und Risse. Hierzu werden folgende Antworten bzw. Informationen gegeben:

1. Auch unter Berücksichtigung der Thematik Inklusion sind für die Errichtung einer Sekundarschule mindestens 75 Schüler/innen erforderlich (mindestens dreizügig).

2. Der Klassenfrequenzhöchstwert beträgt 30 Schüler/innen. Melden Eltern ihr Kind für eine bestimmte Sekundarschule an, haben sie dort bei freien Plätzen auch einen Aufnahmeanspruch. Sollten z. B. für die erste Sekundarschule 90 Anmeldungen und für die zweite Sekundarschule 60 Anmeldungen vorliegen, ist es nicht möglich, die Schülerzahl auf jeweils 75 zu drosseln bzw. zu erhöhen.
3. Bei Sekundarschulen mit einem Teilstandort (vertikale Lösung / beide Standorte haben Klassen 5 – 10) müssen auch am Teilstandort 3 Züge vorhanden sein. Eine Ausnahme (Zweizügigkeit am Teilstandort) ist nur zulässig, wenn dadurch das weiterführende Angebot am Ort (Kommune insgesamt) gesichert werden kann. In Rheine ist diese Situation nicht gegeben. Bei einer horizontalen Aufteilung befinden sich die Jahrgänge 5 und 6 an einem Standort. Die Klassen 7 – 10 werden dann am zweiten Standort unterrichtet. Bei dieser Lösung kann insgesamt mit einer Dreizügigkeit gearbeitet werden. Pädagogisch gesehen ist es jedoch nicht sinnvoll, Teilstandorte zu haben.
4. Die Bezirksregierung hat die Möglichkeit, eine zweite Gesamtschule bei fehlendem Bedürfnis oder bei der Gefährdung von Nachbarschulen abzulehnen.
5. Von der Bezirksregierung wurde keine Empfehlung für die Errichtung von 2 Sekundarschulen ausgesprochen. Die Bezirksregierung informiert über die Rahmenbedingungen. Gefragt ist zunächst der Schulträger, da es sich um eine Selbstverwaltungsaufgabe der Kommune handelt.
6. Ein Fragebogen für die Elternbefragung muss vorher nicht von der Bezirksregierung genehmigt werden. Es gibt verschiedene Muster, die das Schulministerium für diese Befragung empfiehlt. Die Befragung muss anonym erfolgen. Von den Eltern können keine rechtlich verbindlichen Aussagen zum Anmeldeverfahren eingefordert werden.
7. Rein rechtlich wäre es denkbar, analog zu den Sekundarschulen mit einer Sonderregelung auch die bestehende Gesamtschule in Rheine über einen Teilstandort (vertikale Gliederung) auf sieben Züge zu erweitern, so dass die Errichtung einer zweiten Gesamtschule nicht zwingend notwendig wäre. Jedoch sind die Voraussetzungen enger gefasst, insbesondere was die Entfernung anbelangt. Durch die Teilstandorte darf kein zusätzlicher Lehrerberuf entstehen. Herr Ladleif weist erneut darauf hin, dass Teilstandorte pädagogisch problematisch sind. Mittelfristig ist sogar ein Absinken der Qualität der Schule insgesamt wahrscheinlich.
8. Für die Errichtung bzw. Fortführung einer Schule muss die Kommune die entsprechende Finanzkraft haben.
9. Der Ratsbeschluss für die Errichtung einer Schule kann erst dann erfolgen, wenn
 - a) die Elternbefragung durchgeführt worden ist,
 - b) die entsprechenden Voten der aufzulösenden Schulen vorliegen,
 - c) die entsprechenden Äußerungen der Nachbarkommunen vorliegen.Anschließend wird die Entscheidung des Rates (Errichtungsbeschluss des Schulträgers) der Bezirksregierung, die eine Prüfung nach den Vorgaben des Schulgesetzes vornehmen wird, zur Genehmigung zugeleitet. Bei der Errichtung einer Sekundarschule ist zusätzlich die Zustimmung des Schulministeriums erforderlich. Anschließend geht dem Schulträger der Genehmigungsbescheid mit der Bedingung zu, dass im Anmeldeverfahren die entsprechenden Mindestgrößen erreicht werden. Ist das jedoch nicht der Fall, wird die Genehmigung gegenstandslos (auflösende Bedingung = juristischer Terminus). Dann kann die Schule nicht an den Start gehen.

Werden jedoch die entsprechenden Schülerzahlen erreicht, kann automatisch mit dem Schulbetrieb begonnen werden.

Im kommenden Schuljahr gehen 7 Sekundar- und 5 Gesamtschulen im Regierungsbezirk neu an den Start. Entsprechend der Elternbefragungen wurden auch die erforderlichen Anmeldungen erreicht.

10. Eine Elternbefragung sollte vor den Sommerferien durchgeführt werden (Jahrgänge 2 und 3). Informationsveranstaltungen sind zwingend vorzuschalten. Der Antrag auf Errichtung der Sekundarschulen sollte bis zum 31. Oktober 2012 bei der Bezirksregierung eingehen.
11. Die Bezirksregierung spricht die dringende Empfehlung aus, bei einer Elternbefragung die Standorte für die Sekundarschulen festzulegen.
12. Bei einer Gesamtschule kann auf eine Elternbefragung verzichtet werden. Dieses ist möglich, wenn ein Schulträger nachweisen kann, dass es seit Jahren Überhänge gibt.

7. Antrag der Fraktionen von CDU / FDP im Rat der Stadt Rheine vom 31.05.2012 "Informationen und Interessensabfragen zur Errichtung von zwei Sekundarschulen in Rheine"

1:12:45

Frau Overesch verweist auf den Antrag der Fraktionen von CDU / FDP im Rat der Stadt Rheine. Sie erläutert, dass Lehrer, Eltern und Schüler bisher auf eine leistungsfähige und gegliederte Schullandschaft zurück greifen konnten. Diese Strukturen möchten die Fraktionen mit ihrem Antrag erhalten wissen. Daher möchten sie mit ihrem Antrag die Verwaltung auffordern, die Informationsveranstaltungen durchzuführen. Weiterhin ergänzt sie den Antrag um einen vierten Punkt: „Die Verwaltung wird aufgefordert, nach den Informationsveranstaltungen die Elternbefragung zur teilintegrierten Sekundarschule einzuleiten.“ Frau Overesch bittet um Unterstützung.

Herr Mollen erklärt, dass dem Antrag nicht zu widersprechen wäre, wenn bekannt sei, wie der Fragebogen aussehen würde und was genau abgefragt werde. Er macht deutlich, dass der Fragebogen ergebnisoffen formuliert werden muss. Von Herrn Mollen wird auf die Musterfragebögen der Bezirksregierung hingewiesen. Er bittet um zeitnahe Informationsveranstaltungen. Die Elternbefragung solle ergebnisoffen und anonym erfolgen.

Von Frau Overesch wird der Hinweis gegeben, dass die Schulleitungen der Don-Bosco-Schule und der Overbergschule die Information gegeben haben, dass sie eine Sekundarschule in ihren Gebäuden unterbringen können.

Herr Ortel vertritt die Auffassung, dass die Chance bestehe, sich auf Gemeinsamkeiten zu besinnen, wie z. B. der Umsetzung von längerem gemeinsamen Lernen. Von Herr Ortel wird der Hinweis gegeben, dass Eile geboten sei. Der Antrag von CDU und FDP ist für ihn im Grunde konsensfähig. Jedoch könnte Punkt 1 des Antrages passender formuliert werden. Nach seiner Auffassung sollen Informationsveranstaltungen zur neuen Schulform Sekundarschule und nicht zur Errichtung dieser Schule stattfinden. Herrn Ortel geht es darum, den Elternwillen zu erfüllen und die räumlichen organisatorischen Gegebenheiten soweit wie möglich mit einzubeziehen.

Herr Schäfer berichtet für die Fraktion der Grünen, dass der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP unterstützt werde. Für ihn sei der Elternwille eine der wichtigsten Grundlagen.

Herr Mollen weist auf einen sehr engen Zeitplan hin. Für ihn sei es sehr wichtig, dass bei der Elternbefragung nach dem Wahlverhalten allgemein gefragt wird. Auch sollen die Standorte möglicher Sekundarschulen genannt werden.

Von Herrn Linke wird erklärt, dass dringend politische Beschlüsse benötigt werden, wenn für die Errichtung von Sekundarschulen das Ziel 2013/2014 gehalten werden sollte.

Frau Overesch erklärt, dass durch eine Elternbefragung geklärt werde, ob diese Schulform angenommen wird. Mit der Abfrage soll geklärt werden, ob Potenzial für die Sekundarschule bestehe.

Auf eine Nachfrage von Frau Rottmann berichtet Frau Nagelschmidt, dass die CDU hinter dem von Frau Brügger vorgestellten Konzept (teilintegrierte Sekundarschule) stehe.

Herr Mollen weist auf einen Leitfaden für Gemeinden und Schulen hin, die Sekundarschulen einrichten möchten. Er zitiert folgenden Satz: „Um planerisch zu ermitteln, ob der Bedarf für eine Sekundarschule am Ort gegeben ist, sollten die Eltern von Grundschulkindern vor einer Befragung so umfangreich informiert werden, dass ihnen eine realistische Einschätzung darüber möglich ist, wie das neue Schulangebot für sie konkret aussehen könnte, welche Schulwege zu erwarten sind und wie die pädagogische Konzeption der Schule aussehen soll.“ Dieses muss nach seiner Meinung in der Informationsveranstaltung deutlich werden. Eltern müssen wissen, was sie einkaufen, wenn sie sich für Sekundarschulen entscheiden. Sollte der Fragebogen nur das Interesse an einer Sekundarschule beinhalten, wird die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Ortel macht deutlich, dass im Anschluss an die Informationsveranstaltungen eine Rückversicherung geschaffen wird, für wen diese neue Schulform eine Möglichkeit wäre.

Von Frau Overesch wird erklärt, dass ein klareres Ergebnis erreicht werden kann, wenn ausschließlich nach der Sekundarschule gefragt werde. Sie stellt den Antrag auf Abstimmung.

Anschließend nehmen die Mitglieder des Schulausschusses die Beschlussfassung vor.

1. Beschluss:

Der Schulausschuss der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung mit der Organisation und Durchführung dezentraler Informationsveranstaltungen zur neuen Schulform „Sekundarschule“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Beschluss:

Mögliche Schulstandorte für die neue Schulform „Sekundarschule“ sind von der Verwaltung zu prüfen und vor Beginn den Informationsveranstaltungen zu benennen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Beschluss:

Die Informationsveranstaltungen sollen sich an Eltern, Lehrer und Schüler/innen richten, um sie in den Findungsprozess mit einzubinden und zeitlich so gewählt werden, dass rechtzeitig gesonderte Anmeldeverfahren für alle Schulformen zum Schuljahr 2013/2014 möglich sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, nach den Informationsveranstaltungen eine Elternbefragung zur teilintegrierten Sekundarschule einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

10. Einwohnerfragestunde

Herr Lesting (Hauenhorst) bemerkt, dass er den politischen Streit zur Thematik Gesamtschulen / Sekundarschulen nicht versteht. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung des Schulausschusses am 29.03.2012 gefassten Beschlüsse

2:08:00

Herr Linke gibt folgenden Bericht:

„zu TOP 5 Auflösung der Elisabeth-Hauptschule

Der Rat der Stadt Rheine ist in seiner Sitzung am 22.05.2012 dem Beschluss des Schulausschusses einstimmig gefolgt.

Die Elisabeth-Hauptschule wird in Änderung des Ratsbeschlusses vom 14.12.2010 nicht zum 31.07.2013, sondern zum 31.07.2014 aufgelöst.

Zu TOP 7 b Anträge der Fraktionen

- a) Prüfauftrag der CDU-Fraktion zur Errichtung von zwei Sekundarschulen vom 29.03.2012

Die Stellungnahme der Verwaltung zu dem o. a. Prüfauftrag ist am 30.04.2012 gefertigt und den schulpolitischen Sprechern der Fraktionen per Email zur Kenntnis gegeben worden.

- b) Antrag der SPD-Fraktion zur Schulentwicklung vom 22.05.2012

Das erarbeitete Prüfergebnis der Verwaltung ist mit Schreiben vom 05.06.2012 der SPD-Fraktion zugestellt und in Folge ebenfalls den schulpolitischen Sprechern der Fraktionen per Email zur Kenntnis gegeben worden.

4. Informationen

2:10:00

Herr Linke gibt folgende Informationen:

„zu TOP 6 Einwohnerfragestunde

Der Hinweis des Herrn Wagner auf die bestehende Unfallgefahr auf Grund der auf dem Schulhofgelände der Bodelschwinghgrundschule und Fürstenbergrealschule herumliegenden Eisenträger wurde umgehend an die Gebäudewirtschaft weitergeleitet.

Lt. Rückmeldung der Gebäudewirtschaft liegen derzeit keine gefährlichen Eisenträger auf dem Schulhofgelände herum. Sichtbar sind lediglich noch bedingt durch Umbaumaßnahmen unverblendete, jedoch fest eingebaute und mit dem Mauerwerk verbundene Eisenträger, von denen keinerlei Gefahr ausgehen kann.

Baumaßnahmen an der Don-Bosco-Hauptschule

Die zurzeit noch laufenden Erweiterungsbaumaßnahmen an der Don-Bosco-Hauptschule stehen kurz vor dem Abschluss. Der Umzug in die neuen Räumlichkeiten erfolgt Mitte Juni 2012. Die offizielle Eröffnung / Einweihung ist für Freitag, den 14.09.2012, anberaumt.

5. Projekt Crashkurs - polizeiliche Verkehrsunfallprävention unter Beteiligung junger Menschen im Verbund mit der Verkehrssicherheitsarbeit der Schulen

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**8. Finanzwirtschaftliches Berichtswesen - Stichtag 31.05.2012
Vorlage: 234/12**

Ohne Aussprache nimmt der Schulausschuss den unterjährigen Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 1 - Bildung, Kultur und Sport – mit dem Stand der Daten vom 31.05.2012 zur Kenntnis.

**9. Mittelbewirtschaftung durch die Schulen im Jahr 2012
Vorlage: 251/12**

Ohne Aussprache nimmt der Schulausschuss die Beschlussfassung vor.

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt, den Schulen im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung die aus der beiliegenden Aufstellung ersichtlichen Beträge im Haushaltsjahr 2012 zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Anfragen und Anregungen

Es werden weder Fragen noch Anregungen vorgebracht.

Ende des öffentlichen Teils: 19. 15 Uhr

Resi Nagelschmidt
Ausschussvorsitzende

Peter Temmen
Schriftführer